

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 17 (1923)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rundschau

Zur Arbeit in der Genossenschaftsbewegung. Es ist hier schon zu verschiedenen Malen über die Notwendigkeit geschrieben worden, im Rahmen der heutigen Genossenschaften — insbesondere der Konsumvereine — zu neuen Organisationsformen zu gelangen, welche dem Wesen und der Aufgabe der Bewegung besser entsprechen, als die grossen und ungegliederten Vereine es tun. Und wir haben im Anschluss daran auch über Vorschläge und erste Ansätze zu einer inneren Umbildung der Genossenschaften berichtet. Diese gehen weiter; die ersten Stimmen, die sich so manches Jahr nur vereinzelt meldeten, finden immer breiteren Widerhall, und hie und da wird in der Praxis, — teils von den Vereinsleitungen, teils frei von Einzelnen ausgehend —¹⁾ mit der Bildung kleiner Kreise unter den Genossenschaftler begonnen. Wenn dies auch zunächst Versuche und Anfänge sind, zum Teil noch recht tastender Art sind, wie die Schreibende es von ihren eigenen sehr wohl weiss, so dürfen wir doch in ihnen Zeichen vorhandenen Lebens erblicken und die Hoffnung hegen, dass in dieser Bewegung — sofern die rechten Menschen kommen und die rechten Verbindungen geschaffen werden, — noch Kräfte bereit sind, zu neuem Leben vorzubrechen. Dass wir es auch hier mit manchem lähmenden und hindernenden Einfluss zu tun haben, ist selbstverständlich; zumal bei einer Bewegung, deren Aufgaben und Ziele so stark ins Materielle gehen, in welcher die Idee sich ständig in Tatsachen verkörpern und an Tatsachen reiben muss, und die darum begreiflicherweise auch viele Menschen umfasst, welche im Materiellen, Wirtschaftlichen, Gegenwärtigen

¹⁾ Von solchen Versuchen in Zürich und den dabei gemachten Erfahrungen soll bald kurz berichtet werden.

gen ihre einzige Bedeutung erblicken. Für sie sind unsere Versuche zu innerer Belebung der Genossenschaft, zur Verbindung und Erziehung ihrer Glieder erst dann beachtenswert, wenn sich ein materieller Erfolg aufweisen lässt. Dieser kann und darf zwar nicht ausbleiben, auch für unsere Meinung nicht, denn Ideelles und Materielles sind hier wie überall innig verknüpft, aber er mag sich nicht sofort sichtbar und zählbar zeigen.

Ernsthafter als diese fast selbstverständlichen Hemmungen scheint mir eine andere Gefahr zu sein, die sich wohl immer einstellt, wenn einmal ein guter Gedanke in der Luft liegt und reif zur Tat geworden ist: dass jeder sich auf ihn stürzt, ihn verwirklichen — und benutzen will. Dass dabei bisweilen ein wenig ungeregt und an verschiedenen Punkten zugleich begonnen wird, ist vielleicht nicht allzu schlimm; es gilt wohl kaum ein junges Leben, das gleich regelrecht und in fertiger Gestalt auftreten würde. Aber dass ein solcher neuer Gedanke für Zwecke der Person und vor allem der Partei oder einer bestimmten Parteirichtung ausgenutzt werde, das scheint mir eine Gefahr zu sein, die gerade bei der heutigen Lage der Genossenschaft, in der sie vom Parteiwesen zerrissen und für Partezwecke umstritten ist, nicht allzu ferne liegt.

Darum möchten wir ja gerade hier in diesen Blättern wieder und immer wieder von der Mitarbeit in der Genossenschaft reden und nicht müde werden, dazu aufzufordern, weil wir hoffen dürfen, unter ihren Lesern auf Menschen zu stossen, denen diese Sache über der Partei steht, weil sie selbst, die Genossenschaft, für uns wiederum nur Teil und Stufe einer viel grösseren Sache ist, der wir dienen möchten.

Es soll aber nicht nur im allgemeinen gebeten werden: Arbeitet

mit, sondern es scheint uns, als zeigte sich immer deutlicher eine bestimmte Form der Mitarbeit, wie sie gerade von uns geleistet werden könnte, neben der einfachen Mitgliedschaft und auch neben der Tätigkeit in der Vereinsleitung, für die nicht jeder gemacht ist. Die neue Organisationsform, die sich durchsetzen will — das genossenschaftliche Leben und Arbeiten in kleinen Kreisen — ruft einer neuen Methode genossenschaftlicher Bildung und Erziehung, resp. die heutige «Propaganda» in grossen Vorträgen und Massenversammlungen muss immer mehr durch wirkliche Erziehung und Bildung ersetzt werden, deren Methode der «Kurs» ist, die gemeinsame Arbeit und Schulung, auch in kleinen Kreisen. Zur Durchführung einer Dezentralisation in den Vereinen, einer solchen Verschiebung des genossenschaftlichen Schwergewichtes von der Spitze in die breite Grundlage der gegliederten Mitgliedschaft, ist eine grössere Anzahl von Menschen ganz unerlässlich, die in der Genossenschaftsidee und -praxis so durchgebildet sind, dass sie einen solchen kleinen Mitgliederkreis zu führen oder zu beleben imstande sind. Fordert schon diese Selbstverständlichkeit zu einem ganz neuen und tieferen Erfassen des genossenschaftlichen Erziehungsproblems auf, so kommen noch weitere Tatsachen hinzu, die auch in der Bewegung immer mehr erkannt werden: schon die rein materielle Notwendigkeit eines grossen Umsatzes wird heute, wo die Konkurrenz mit dem kapitalistischen Handel ganz anders liegt als zu Beginn der Genossenschaftsbewegung, nicht mehr rein mechanisch erreicht, durch Anlocken der Konsumenten mit einem gewissen Vorteil, sondern verlangt die Aufklärung und das bewusste Handeln der Mitglieder, an deren Denkfähigkeit und Willen, nicht gedankenlosen Eintags-Egoismus, die Genossenschaft appellieren muss. Es zeigt sich aber immer mehr, dass diese Fähigkeiten nur

selten und unvollkommen durch die üblichen Vorträge und Versammlungen (womöglich mit Kaffee und Lustbarkeiten!) erreicht werden, sondern dass hier wie überall, die wirkliche Erziehungsarbeit nötig ist, die zuerst bei einem kleineren Kreise einsetzen und sich in der gleichen Weise fortsetzen muss.

Was von den Mitgliedern gesagt ist, gilt in gleichem, wenn nicht noch stärkeren Masse vom Personal der Vereine, den Verkäuferinnen, Angestellten und Arbeitern aller Art. Ich möchte die Frage nächst noch offen lassen, ob es unbedingt nötig und richtig wäre, für ihre Einführung und Erziehung immer besondere Kurse einzurichten, ob es nicht auch vorteilhaft sein könnte, Angestellte und Konsumenten bei solchen Gelegenheiten zusammenzubringen? Das wird häufig je nach Notwendigkeit und Möglichkeit entschieden werden, — wenn nur überhaupt mit solcher Arbeit in irgend einer Form begonnen wird!

Ist nun Aussicht vorhanden, dass diese Bildung und Erziehung in nächster Zeit, ausgehend von der heutigen Genossenschaftsbewegung selbst, in Angriff genommen wird? Wir haben auch dabei mit den gleichen hemmenden Faktoren zu rechnen, wie bei den neuen Organisationsplänen, ebenso aber auch mit einer entschiedenen Geneigtheit und Einsicht bei vielen Genossenschaftlern, und wenn diese nicht schnell und klar zum Ausdruck kommt, so mag ein Hauptgrund darin liegen, dass jetzt, im Anfang, die Helfer fehlen, die nötig sind. Darum wird es wichtig sein, die Kräfte möglichst zu vereinigen, die gerüstet und fähig wären, solche Arbeit zu leisten.

Die Bildung von Arbeitsgruppen, die Veranstaltung von Kursen aller Art, ist nun in letzter Zeit bei uns und unsern Gesinnungsfreunden eine besonders gepflegte Ausdrucksform unseres Willens geworden. Wir hoffen, auf diese Weise in immer engere und bessere Verbindung mit der Arbeiterbewegung und den proletarischen Genossen zu kommen

einer aufkeimenden rechten Menschengemeinschaft zu dienen. Liegt es nun nicht nahe, das Genossenschaftswesen und die Mitarbeit in ihm einmal zum Hauptgegenstand solcher Besprechungen und Kurse zu machen? Für die Durchführung dieser Veranstaltungen sollten wir uns mit dem örtlichen Konsumverein, oder mit dem schweizer. Verband und seinen Kreisorganisationen in Verbindung setzen, denn wir sind in der Bestreitung der materiellen wie der geistigen Mittel gegenseitig recht aufeinander angewiesen. Je nach der Lage und den Verhältnissen werden von uns z. B. die Referenten gestellt, ein ander Mal vielleicht die Einrichtung der Kurse besorgt werden müssen. Sehr wichtig wird sein, dass unsre Gesinnungsgenossen an solchen Kursen teilnehmen; doch sollten wir noch besser die Initiative dazu ergreifen, wo wir nur können. Wir werden gewiss in vielen Fällen auf Bereitwilligkeit und Freude bei den Genossenschaffern stossen: und wo nicht, werden wir nicht nachlassen und Wege suchen.

Die Schreibende möchte sich gern, so gut ihr das möglich ist, anbieten, eine erste Anknüpfung und Auskunfterteilung zu erleichtern, wo eine solche notwendig wäre. Wir dürfen vielleicht auch die Hoffnung hegen, dass die Bewegung für **G e m e i n d e s t u b e n**, die sich ja auch mit Bildungs- und Erziehungsfragen im Sinne der «Volks-hochschule» befasst, unsre Bestrebungen unterstützen würde. Jedenfalls wäre ein gemeinsames Vorgehen und eine gegenseitige Hilfe der Kreise, die so aufeinander angewiesen sind, wie die Genossenschaft und unsere Sache, sehr zu wünschen. Und es liegt ein Feld reicher Tätigkeit vor uns. **D. S t a u d i n g e r**

Vom Völkerbund der Kirchen. Die vom 6. bis 10. August in Kopenhagen tagende internationale Konferenz des Weltbundes der Kirchen hat folgende Resolution angenommen:

«Die Konferenz stellt mit schwerem Befremden die Tatsache fest, dass trotz der furchtbaren Erfahrungen des Krieges,

trotz aller durch die vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson erregten messianischen Erwartungen, trotz der in den Bestimmungen des Vertrages von Versailles festgesetzten Abrüstung der europäischen Mittelmächte,

trotz der feierlichen Verpflichtung der alliierten Mächte im Waffenstillstandsabkommen und im Verträge von Versailles,

trotz der Begründung eines Völkerbundes mit der ausgesprochenen Absicht der Rüstungsbeschränkung in der ganzen Welt,

trotz der Abmachung der Konferenz von Washington über Beschränkung der Flotten,

trotz der heissen, ja tragischen Sehnsucht aller Völker der Erde nach einer Erleichterung der Rüstungslasten,

die Gesamtzahl von Soldaten und die militärischen Ausgaben heute grösser sind als vor 1914, und dass Misstrauen, Böswilligkeit und Hass der Völker untereinander schlimmer sind als je zuvor.

Die Konferenz erkennt zwar die Notwendigkeit an, eine der nationalen Sicherheit angemessene Wehrmacht beizubehalten in der Erwartung, dass dereinst ein wirklicher Völkerbund über eine genügende Macht verfügt.

Sie legt es aber allen christlichen Kirchen als eine heilige Verpflichtung ans Herz, die seelische Abrüstung innerhalb jedes Volkes zu fördern und die Menschen mit gleicher Entschiedenheit dahin zu beeinflussen, dass sie für eine schleunige und allgemeine Einschränkung der Rüstungen eintreten, wie auch für die Anwendung des schiedsgerichtlichen und vermittelnden Verfahrens zur Erledigung aller internationalen Streitigkeiten, wie dies jetzt durch die Errichtung des Internationalen Gerichtshofes im Haag praktisch möglich geworden ist.»

Man sieht sofort, dass die Anerkennung der vorläufigen Notwendigkeit «einer der nationalen Sicherheit angemessenen Wehrmacht» die Resolution vollkommen entwertet. So kann sie jeder Sonderregger unterschreiben. Zu meinem grossen Leidwesen muss ich hinzufügen, dass daran die Franzosen schuld sind und zwar gerade unsere Freunde Wilfred Monod und Elie Gounelle. Sie erblickten — nach meiner Ansicht mit Unrecht — in einer ursprünglich vorgeschlagenen radikaleren Fassung, die sofortige völlige Abrüstung verlangte, eine versteckte Missbilligung der französischen Politik. In Wahrheit haben sie leider durch ihre Haltung die ohnehin schon so stark verbreitete antifranzösische Stimmung vermehren helfen.

Welche Ironie der Geschichte! Verteidiger der radikalen These war vor allem jener Professor Deissmann, dessen Eignung für solche Aufgaben ich mit Entschiedenheit bestreite und Gegner also die Freunde Monod und Gounelle, deren Antimilitarismus so viel echter und vertrauenswürdiger ist. Ich stehe persönlich nach wie vor zu Monod und Gounelle, aber ich glaube, dass sie in Kopenhagen nicht ganz auf der Höhe ihrer Mission gestanden haben. Ganz sicher werden diese Männer einen Schritt weiter tun.

Freilich, sie haben ganz recht, wenn sie in der pazifistischen Bewegung eine starke Neigung zu einer Parteinahme gegen Frankreich und für Deutschland zu beobachten glauben, aber gerade diese Art wäre durch ein anderes Verhalten entwaffnet und ist so eher verstärkt worden. Leider — denn es ist ein Element der Unwahrheit und Ungerechtigkeit in dieser Art.

Ob man übrigens von einer solchen halboffiziellen Organisation Pionierarbeit erwarten darf? Es wäre fast ein Wunder! L. R.

Christentum, Pazifismus und Amerika. Die christlichen Kirchen Nordamerikas haben auf ihrem Bundestag im Juni 1922 folgende Entschliessung angenommen:

1. Wir glauben, dass die Nationen nicht weniger als die Individuen Gottes unveränderlichen moralischen Gesetzen unterworfen sind.

2. Wir glauben, dass die Nationen wirkliche Wohlfahrt, Grösse und Ehre nur durch gerechte Handlungsweise und selbstlosen Dienst erlangen können.

3. Wir glauben, dass der Geist christlicher Brüderlichkeit, alle ungerechten Schranken des Handels, der Farbe, des Glaubens und der Rasse beseitigen kann.

4. Wir glauben, dass christlicher Patriotismus die Betätigung guten Willens zwischen den Nationen verlangt.

5. Wir glauben, dass internationale politische Aktionen gleiches Recht für alle Nationen zu sichern haben.

6. Wir glauben, dass alle Nationen sich ständig für Weltfrieden und guten Willen zu vereinigen haben.

7. Wir glauben an internationale Gesetzgebung und den allgemeinen Gebrauch internationaler Gerichts- und Schiedsgerichtshöfe.

8. Wir glauben an eine durchgreifende Abrüstung durch alle Nationen.

9. Wir glauben an eine krieglose Welt und widmen uns selbst deren Herbeiführung.

10. Wir glauben, dass die Regierung der Vereinigten Staaten sich selbst baldigst mit den anderen Nationen verbinden soll, um dauernde Einrichtungen zu schaffen für die Festlegung internationalen Rechtes, für die wirkungsvolle Betätigung internationaler Gerichts- und Schiedsgerichtshöfe. Für die Sicherung der auf gesetzmässigen Boden stehenden, friedliebenden Nationen vor Angriff und Verwüstung durch irgend eine rechtlosse und angriffs-

lustige Nation, für Durchführung von gerechter Behandlung (fair treatment) und gleicher ökonomischer Entwicklungsmöglichkeit Aller. (Advocate of peace.)

Um den Zivildienst. Die durch unsere Initiative erregte Bewegung geht weiter. Die Systemspresse und ihre Agenturen nehmen Stellung. Natürlich ablehnend. «Systemspre» bedeutet allerdings nicht «bürgerliche» Presse. Ungefähr die gleichen nichtsozialistischen Organe, die gegen die Lex Häberlin waren, sind auch für den Zivildienst. So erscheint z. B. gerade in diesem Augenblick ein ganz feiner Artikel der Pfarrer Etter und Grossmann in Rorschach in einer Reihe von ostschweizerischen demokratischen Blättern, die übrigens auch von sich aus für den Zivildienst eintreten. Besonders günstig ist die Stimmung für die Sache in der welschen Schweiz. Hier wirkt offenbar noch etwas vom Geiste Vinets, dem Respekt vor dem individuellen Gewissen nach, allerdings nicht in den Kreisen, die seine offiziellen Hüter sind, in Wirklichkeit aber etwas Anderes hüten!

Wichtig ist der Beschluss der sozialdemokratischen Parteileitung, die Initiative offiziell zu empfehlen. Er bedeutet nicht nur eine grosse Verstärkung für die Petition, besonders im Zusammenhang mit der Eingabe an den Bundesrat in Sachen der Intervention des Völkerbundes, eine erfreuliche Entwicklung der Partei in der Stellung zum Kampf gegen den Krieg.

Was die gegnerische Presskampagne betrifft, so muss wieder festgestellt werden, dass sie sich — einige wenige Ausnahmen abgerechnet — auf dem niedrigsten sittlichen und intellektuellen Niveau bewegt. Statt mit Gründen gegen die Sache, arbeitet man mit Verdächtigungen gegen ihre Vertreter und Urheber. Einer ihrer Tricks ist, dass man den Initianten vorwirft, sie hüllten sich ins

Dunkel der Anonymität, während man sie gleichzeitig mit Schmutz bewirft. Selbstverständlich fehlt das Hauptstück nicht: die Behauptung, es handle sich um ein bolschewistisches Unternehmen. Dass die kommunistische Partei offiziell und mit Schärfe die Petition abgelehnt hat, wissen diese Artikelschreiber natürlich ganz genau, aber wie kämen sie ohne den Bolschewismus aus! Es ist offenbar unmöglich geworden, dass bei uns noch über irgend eine Frage, die mit Politik zusammenhängt, sachlich verhandelt werde. Denn es gibt keine Wahrheitsfragen mehr, sondern nur noch Machtfragen. Man kämpft nur noch mit persönlichen Verleumdungen und verlogenen Schlagwörtern. Daneben erhebt jedes Dogma seinen Ruf der Verurteilung einer Sache, die nicht gerade von ihm aufgebracht oder gesegnet worden ist. Nur so kann ich mir z. B. die gehässige Stellungnahme des Organs der Freiland- und Freigeld-Bewegung erklären. Wenn dieses tut, als ob die Befürworter des Zivildienstes Leute wären, die nicht wüssten, dass der Militarismus durch eine Aenderung der sozialen Ordnung besiegt werden müsse, so lässt sich wieder schwer an die bona fides eines solchen Schreibers glauben. Es wird einfach etwas, das einem gerade einfällt, in die Luft hinaus behauptet, sei's wahr oder falsch, wenns einem nur gerade in den Kram passt.

Die Ablehnung des Zivildienstes durch die Kommunisten verstand sich von selbst. Nur wenn die kommunistische Erklärung behauptet, die Stellung der Befürworter der Initiative sei nicht sozialistisch, sondern individualistisch, so ist zu bemerken, dass vielmehr die Stellung der Kommunisten nicht sozialistisch, sondern, — um den ihnen schrecklichsten Ausdruck zu brauchen — kleinbürgerlich ist. Denn der Gewaltglaube, auf dem sie ruht, ist ja der, auf den auch der patriotische Spiessbürger seinen Mili-

tarismus begründet. Immer wieder reichen die äusserste Linke und die äusserste Rechte sich die Hand und helfen einander. Wenn sodann der Kommunismus seine Anhänger in die Armee schicken will, um diese zu revolutionieren und später für seine Zwecke zu benützen, so muss man sich fragen, in welchem Utopia eigentlich diejenigen leben, die jetzt so noch reden können. Endlich, wenn auf dieser Seite, wie übrigens auch sonst etwa, erklärt wird, man dürfe die Armee nicht zu einer Soldtruppe des Kapitals werden lassen, so ist zu sagen, dass sie das auf alle Fälle wird und dass nur der entschlossene Antimilitarismus der Arbeiterschaft dem Fascismus überlegen bleibt.

Dass ein Pfarrer, der zugleich ein bekannter Politiker ist, das Perfideste gegen uns geschrieben hat, braucht uns nicht zu wundern. Ihm sei nur dies erwidert: Er bezweifelt gar sehr die Zuverlässigkeit der Stimme des Gewissens und meint, es sei sicherer, sich an das Urteil des Staates zu halten. Nun könnte man sich schon wundern, wenn ein Theologe nichts von dem Wort weiss, dass es nicht rätlich noch heilsam sei, etwas gegen das Gewissen zu tun. Doch lassen wir das nun beiseite. Ich möchte dem betreffenden Schreiber doch eins zum Ueberlegen geben: das Gewissen regt sich oft doch ganz eigenartig, zum Beispiel bei Leuten, die, nachdem sie ihre besseren Ueberzeugungen aus Menschenfurcht und Strebertum verleugnet, sich seltsam genötigt fühlen, die Träger dieser Ueberzeugungen, die ihnen treu geblieben sind, mit nie müde werdender Gehässigkeit zu verfolgen. Arme Seelen! Das ist ja eine Art Hölle! Dante hat dafür auch einen Ort in der seinigen.

Im übrigen schadet es ja nicht, wenn Kampf ist. Wenn es nur wieder einmal möglich würde, mit einander ehrlich, sachlich, ritterlich und ehrfürchtig zu verhandeln, statt bloss einander zu begeifern und anzufahren oder anzuschreien. L. R.

Ueber den Weltfriedenskongress, der vom 10. bis 15. Dezember des vergangenen Jahres in Haag stattfand und der, vom internationalen Gewerkschaftsbund einberufen, auch bürgerliche Pazifisten aller Art umfasste, lauten die Urteile verschieden. Die Einen jubeln über die Tatsache des zum ersten Mal stattgefundenen Zusammenarbeitens von sozialistischer und bürgerlicher Friedensbewegung; die Andern klagen über den Mangel an Entschiedenheit, der sogar inmitten des Sozialismus sich gezeigt habe. Beide Urteile werden Recht haben. Es wird auch darauf ankommen, ob man dem Kongress persönlich beigewohnt hat oder nicht. In der Nähe sieht man mehr alle die Halbheiten und Unvollkommenheiten, die Niederlagen eines resoluten Willens, aus der Ferne aber treten die erfreulichen Züge klarer hervor. So scheint mir doch, dass der Kongress ein gutes Ereignis gewesen sei. Ich glaube, dass aus dieser Mischung verschiedener Elemente doch ein radikaler Antimilitarismus als das Endergebnis hervorgehen werde. Ueberhaupt scheint mir die Stellung der Gewerkschaften gegen den Krieg, trotz aller Vorbehalte, die man leider noch machen muss, doch eine der festesten, soweit Organisationen in Frage kommen sogar die festeste Friedensbürgschaft zu sein.

Der Tagung des Gesamtkongresses ging eine der «Frauenliga für Friede und Freiheit» voraus. An dieser herrschte, wie es scheint, viel Enthusiasmus. Doch verraten die Verhandlungen wie die Beschlüsse eine allzugrosse Einseitigkeit und oft auch Oberflächlichkeit in der Beurteilung der Sachlage. Mit der leidenschaftlichen Parteinahme zu Gunsten Deutschlands und gegen die Entente ist dem Frieden und der Versöhnung schlecht gedient, und eine Oberflächlichkeit ist es, alles Elend der heutigen Welt auf den Versailler Vertrag zurückzuführen. Ueberhaupt schiene es uns richtiger, wenn die Frauen, statt ihre edle Kraft in einem

Politisieren zweiten und dritten Ranges, das nur eine Wiederholung der üblichen Schlagwörter ist, zu verschwenden, sie auf die ihnen eigene Aufgabe lenkten: die glaubensstarke und leidenschaftliche persönliche Absage an alles, was Krieg heisst. Wie viel Grösseres könnten sie da leisten!

L. R.

Arbeiterschaft und Völkerbund.

In bezug auf die Stellung der Arbeiterschaft zum Völkerbund hat sich im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet eine Wandlung vollzogen, die für den Völkerbund von der allerhöchsten Bedeutung ist. Sowohl der Kongress im Haag als auch die Konferenz der zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt, dazu eine Reihe von nationalen sozialistischen Parteien, so die englische, holländische, schwedische, haben sich dafür ausgesprochen, dass die ganze Reparationsfrage dem Völkerbund zur Schlichtung übergeben werde und haben zum Teil direkt seine Intervention angerufen. Etwas Besseres konnte man dem Völkerbund gar nicht wünschen, als dass die sozialistische Arbeiterschaft sich seiner annähme und ihn als Organ benutzte.¹⁾ Auf der andern Seite aber wird er, wenn er sich dieser Gelegenheit nicht gewachsen zeigt, seinen moralischen Bankrott erleben. Die Lage ist für ihn ungeheuer entscheidungsvoll.

Für uns Schweizer ist die Tatsache überraschend und hocherfreulich, dass die sozialdemokratische Parteileitung ebenfalls den Bundesrat um die Anregung der Intervention des Völkerbundes ersucht. Der Umstand, dass sie dabei ihre ablehnende Haltung gegen den Völker-

¹⁾ Wie wichtig der Völkerbund umgekehrt für die Arbeiterschaft ist, zeigt Heinrich Ströbel, ein führender Geist des deutschen Sozialismus, in einem auch sonst bedeutsamen neuen Buch: *Sozialismus und Weltgemeinschaft*. (Verlag «Firn», Berlin.)

bund zu wahren sucht, darf darüber nicht wegtäuschen, dass der Schritt eine Anerkennung des Völkerbundes durch das oberste Organ der sozialdemokratischen Partei und eine Erklärung der Bereitschaft, mit ihm zu arbeiten, bedeutet. Nun kommt es darauf an, ob im Bundesrat noch ein Rest von Tapferkeit, Weisheit und grösserem Denken vorhanden ist oder nicht. Denn wenn davon auch nur ein Rest vorhanden ist, so wird er, am besten zusammen mit andern Regierungen, dieser Anregung entsprechen. Die Sachlage ist klar genug. Art. 11 des Völkerbundspaktes ermächtigt die Regierungen, im Falle von Kriegsgefahr das Völkerbundssekretariat darauf aufmerksam zu machen und eine Intervention des Bundes zu verlangen. Dass eine solche Gefahr vorliegt, liegt auf der Hand, besonders wenn man an die weiter abliegenden Folgen denkt. Juristische Tifteleien, wie die, dass der Völkerbund mit dem Friedensvertrag nichts zu tun habe, erweisen sich diesem offenkundigen Tatbestand gegenüber als Ausflüchte. Es ist natürlich sehr zu befürchten, dass der Kleinsinn, der das oberste Gesetz schweizerischen Verhaltens geworden zu sein scheint, den Bundesrat auch diesmal wieder verhindern werde, etwas Rechtes zu tun. Dann hätte er den Völkerbund verraten und die Schweiz dazu. Was helfen alle Gelegenheiten, die ein günstiges Geschick schafft, wenn keine Menschen da sind, sie zu benützen? Doch hoffen wir noch — umso mehr, als vielleicht auch andere Regierungen, besonders solche der kleinen Völker, bereit sind, etwas zu tun.

L. R.

Ein Nachklang zum 3. Dezember.

Wo das Zentralheiligtum für eine gewisse Art von Schweizern zu finden ist, zeigen sehr deutlich folgende Stellen, die dem «Schweiz. Wirtschaftlichen Volksblatt» (17. Dezember 1922) entnommen sind:

«Der Souverän hat gesprochen

... Mit Ehrfurcht¹⁾ steht (der Einsichtige) vor der Volkskundgebung... Mit einer Deutlichkeit ohne Gleichen können wir gewahrt werden, ... wie innig verknüpft mit dem tiefsten Empfinden die Gedanken des Besitzens tatsächlich sind. Wohl noch nie bot sich so gut Gelegenheit, aus einem Abstimmungsergebnis so treffsichere Schlüsse auf die primären Erfordernisse des geistigen Menschen zu ziehen. Man wird ohne weiteres zugeben, dass die Zahlen vom vergangenen Sonntag uns dartun, dass jeder materielle Besitz, er mag so klein sein, wie er will, ein gewisses Heiligtum darstellt. Der dritte Dezember ist nun vielleicht für viele, auch manche an Universitäten, ein Markstein für die Erkenntnis der hohen Bedeutung des Besitzes in der Gestaltung der menschlichen Psyche... Die geistigen Bedürfnisse (gemeint ist wieder der Besitz!), fussend auf uns von Gott gegebenen Qualitäten, dürfen wir nicht mit theoretischen Ideen bekämpfen, und die Erwerbswirtschaft mit der daraus entstehenden Kapitalbildung, muss nach wie vor den Eckpfeiler unseres beruflichen, existentiellen, geistigen und sozialen Daseins darstellen. Auf diesen (den Eckstein) kommt es an, ob wir nicht (!) in Zukunft in wirtschaftlicher und sittlicher (!) Beziehung ein Elitevolk sein und bleiben wollen.»

Da weiss man doch, wer des Elitevolkes Gott ist und bleiben soll. Im Neuen Testament ist freilich ein Anderer der Eckstein! Doch sind ja auch Ausleger des Neuen Testaments in der Politik der gleichen Meinung und beschuldigen einer «Politik der Gewalt», wer weder Mammon noch Mars als «Eckstein» verehrt. L. R.

Kleine Notizen

Genossenschaftliche Schändlichkeiten. Es gibt auch solche! Als

¹⁾ Die Sperrungen rühren von uns her.

genossenschaftliche Schändlichkeit muss eine Weihnachtsreklame des Annahofes, der das Zentrum des Zürcher Lebensmittelvereins bildet, bezeichnet werden. Da sitzt ein Küfer, betrunken und schlafend, auf einem Stuhl. Ein Weihnachtsengel hält ihm, dem Träumenden, eine Flasche an den Mund. Weiterhin schöpfen solche Engel aus einem grossen Weinfass, dessen Spundloch einer von ihnen geöffnet hat. Wieder andere treiben allerlei sonstige alkoholische Hantierung. Das alles gross in einem der Schaufenster des prunkvollen Gebäudes. Ein Kommentar ist überflüssig. Das Gemeinste, Volksschädlichste, was wir an Weihnachtsschändung durch Weihnachtsreklame gesehen, ausgerechnet in einem Genossenschaftsladen! «Wenn solches am grünen Holz geschieht!»

Eine Enzyklika. Der Papst hat eine Weihnachts-Enzyklika erlassen, die sich auch mit dem Weltfrieden beschäftigt. Wir kommen vielleicht darauf zurück. Besondere Bedeutung besitzt sie nicht.

Frauenstimmrecht. Am 18. Februar hat das Zürchervolk über den Vorschlag abzustimmen, den Frauen in Armen- und Kirchen- und Schulsachen das Stimmrecht zu verleihen. Unsere Männer, die selbst mit so reifer und geklärter Weisheit ihr Stimmrecht ausüben, wollen die Frauen durch eine Schule gehen lassen, bis sie ihnen dann, vielleicht in hundert Jahren, nach wohlbestandener Prüfung, d. h. wenn sie immer brav gewesen sind, das Zeugnis für die politische Reife erteilen.

Wie überall die Reaktion wirtschaftet. 1. In einer grossen Schule der Stadt Zürich wird dem «Weltfriedensbund der Jugend» verboten, seine Bekanntmachungen anzubringen, «weil man die Politik aus der Schule fernhalten wolle», aber offiziell eine Verherrlichung des von militärischem Geist getragenen Züricher Flugmeetings an die Schü-